

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe November 2023

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder. Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **J. D. Sachs: Frieden für die Ukraine: notwendig u. möglich**
- **Nirit Sommerfeld: Blut und Tränen**
- **The Guardian zum Hamas-Anschlag: Ein neues, tödliches Kapitel im Nahen Osten beginnt**
- **Th. Röper: Hat israelischer Geheimdienst wirklich versagt?**
- **Avi Shlaim: Israels Krieg gegen Hamas – Gerede und Wirklichkeit**
- **D. Henn: Gaza: Genozid durch "Ausdursten" mit Ansage**
- **Empörte Israelis fordern Netanjahus Rücktritt**
- **Shir Hever: Deutschland geht mit der Unterstützung von Kriegsverbrechen ein rechtliches Risiko ein**
- **M. Lüders: Krieg im Nahen Osten: Wie geht es weiter?**
- **BüSo: Nahost: Russlands und Chinas diplomatische Friedensbemühungen**
- **Mac Slavo: Die USA verdoppeln ihre Uraneinfuhren aus Russland. Wo bleiben die Sanktionen?**
- **Punkt.Preradovic: Journalisten wissen genau, was sie sagen dürfen" – mit Tahir Chaudhry**
- **Norbert Häring: ZDF beweist sich als treu ergebener Regierungssender**
- **RTdeutsch: "Offener Diskurs Grundpfeiler einer freien Gesellschaft" – Journalisten und Publizisten gegen Zensur**
- **Maulkorb für abweichende Meinungen zum arrangierten Klimanotstand**
- **Strieffler & Jung: Es gibt keinen Klimanotstand!**
- **Philipp Fess: Schutzpflicht des Staates: Blankoscheck für Grundrechtsentzug?**

**Warum ist es für die Kriegstreiber in aller Welt immer so schwer,
sich vorzustellen, wie es den Familien geht,
deren Väter und Söhne auf den Schlachtfeldern sterben müssen?**

Editorial

*Im ersten Beitrag beschreibt Jeffrey Sachs das Scheitern der US-Neocons; er sieht die Notwendigkeit, dass die Präsidenten von Russland und USA den **Krieg in der Ukraine** beenden.*

*Den Schwerpunkt **Krieg in Gaza** beginnen wir mit einem sehr persönlichen Beitrag der Künstlerin Nirit Sommerfeld. 'The Guardian' und auch der Anti-Spiegel beschäftigen sich danach mit der Frage, wie der mörderische Angriff der Hamas für Israel so überraschend kommen konnte. Dass die Feindseligkeiten eine lange Geschichte haben, verdeutlicht der Beitrag von Avi Shlaim, der bereits 2009 geschrieben wurde. Dagmar Henn schildert die menschenverachtenden Zustände in Gaza und der darauf folgende Beitrag geht auf die Zustände in Israel ein. Dass Deutschland mit seiner auch militärischen Unterstützung Israels das Risiko eingeht, an Kriegsverbrechen beteiligt zu sein, betont Shir Hever. Michael Lüders erörtert in seinem Video die unterschiedlichen Hintergründe und Motive der einzelnen Beteiligten und überlegt, welche Auswege realistisch sind. Dazu passt der Hinweis auf die Friedensbemühungen Russlands und Chinas für diesen Krieg. Dennoch beliefert laut Mac Slavo Russland die USA massiv mit angereichertem Uran.*

*Der nächste Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem Problem der eingeschränkten **Meinungsfreiheit in Deutschland**. Tahir Chaudry beschreibt als ehemaliger Insider, wie genau Journalisten wissen, was sie sagen dürfen. Norbert Häring präzisiert dies an einem Beispiel. Die NachDenkSeiten haben ein Glossar verlinkt, in dem genau die Sprachregelungen für ARD-Journalisten zum Thema Palästina vorgegeben sind. Dass es dagegen auch Widerstand gibt, zeigt ein Beitrag von RTdeutsch. Ähnliches gilt aber auch für das Thema des **sogenannten Klimanotstandes**, was von Peter F. Mayer und anderen dargestellt wird. Dagegen stellt der Beitrag von Strieffler & Jung die Existenz eines Klimanotstandes und der damit begründeten politischen Maßnahmen mit Bezug auf viele Wissenschaftler in Frage. Abschließend weist Philipp Fess darauf hin, dass das Thema Klimaschutz bereits im Zusammenhang mit Ernährungs- und Ressourcenpolitik durch Erweiterung der Kompetenzen der WHO zu einer globalen Sicherheitspolitik ausgebaut werde.*

- Jeffrey D. Sachs: **Frieden für die Ukraine ist notwendig und möglich**

Der US-Ökonom Jeffrey D. Sachs sieht das “dreißigjährige Debakel“ der Neocons in der Ukraine im Endstadium. Der Plan, Russland am Schwarzen Meer durch die NATO einzukesseln, sei gescheitert. Nun würden Entscheidungen durch die USA und Russland getroffen werden, die “für den Frieden, die Sicherheit und das Wohlergehen der ganzen Welt von enormer Bedeutung sein“ werden. Die Niederlage der Neocons macht der Ökonom an vier Ereignissen fest: Erstens gewinne Russland den Zermürbungskrieg gegen die Ukraine, die wiederum auf dem Schlachtfeld verwüstet worden sei, “mit tragischen und entsetzlichen Verlusten“. Zweitens schwinde die Unterstützung in der EU für den bisherigen US-Kurs. Dafür stünden Polen, Ungarn und die neue Regierung in der Slowakei. Aber auch die Ablehnungsquoten für Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und den deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz seien längst höher als die Zustimmungswerte. Drittens werde die finanzielle Unterstützung der USA für Kiew gekürzt, insbesondere durch den Druck der Republikanischen Partei. Der vierte Grund sei die zu erwartende russische Offensive, nachdem die ukrainischen Truppen bisher massive Verluste an Menschen und Material zu verzeichnen haben.

Um den wirtschaftlichen, demografischen und militärischen Zusammenbruch der Ukraine zu verhindern, empfiehlt Sachs dem US-Präsidenten Joe Biden, seinem russischen Amtskollegen Wladimir [Putin mitzuteilen, die NATO-Osterweiterung werde gestoppt](#). Eine entsprechende Sicherheitsvereinbarung mit Russland solle auch die Atomwaffen und die Rüstungskontrolle einbeziehen. Russland und die Ukraine sollen sich auf neue Grenzen einigen und vereinbaren, dass russisch geprägte Gebiete der Ostukraine und die Krim Teil Russlands werden.

[Jeffrey David Sachs](#), Jg. 1954, ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der ‘Millennium Development Goals’. Er ist Direktor des ‘UN Sustainable Development Solutions Network’ sowie Direktor des ‘Earth Institute an der Columbia University’. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Nirit Sommerfeld: **Blut und Tränen**

Nirit Sommerfeld hat einige Beiträge zusammengestellt, die “ihre Bestürzung und ihre Trauer über die Opfer auf israelischer und auf palästinensischer Seite [ausdrücken und] Ursachen und Kontexte [einordnen]“. Deren gemeinsamer Tenor ist: “[Zwischen Mittelmeer und Jordan spielt sich eine Tragödie ab](#), deren Gewalt wir verurteilen und die ungeahnte Ausmaße annehmen wird. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, um Sicherheit und Frieden für alle Menschen dort herzustellen.“ In ihrem Brief vom 07.10.2023, dem Beginn des Hamas-Angriffs drückt sie ihre Traurigkeit, Fassungslosigkeit und Verzweiflung aus. Sie findet: “Was seit heute Morgen in Israel/Palästina geschieht, ist nicht nur eine weitere Eskalation der Gewalt. Es ist [der Beginn von sinnlosem, massenhaften Blutvergießen](#), das nicht so schnell enden wird und das sich möglicherweise in einen Flächenbrand ausbreitet (und ich bete darum, dass ich falsch liege!).“

[Nirit Sommerfeld](#), Jg. 1961, ist eine deutsch-israelische Schauspieler, Sängerin und Moderatorin. Sie engagiert sich in dem Verein „Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern“. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **The Guardian zum Hamas-Anschlag: Ein neues, tödliches Kapitel im Nahen Osten beginnt**

Laut ‘The Guardian’ ist der “mörderische Amoklauf, den die Hamas am Samstag im Süden Israels verübte, [...] nicht nur schockierend und entsetzlich, sondern erdbebenartig“. Es sei (am 09.10.2023) unbekannt, wie die Hamas den Angriff bewerkstelligen konnte, bei dem 100 Israelis

als Geiseln genommen sowie mindestens 600 Israelis getötet und über 2'000 verletzt worden seien. Allein am 09.10.2023 seien durch israelische Vergeltungsmaßnahmen 370 Palästinenser getötet und mehr als 2'000 verletzt worden. Israel spreche von einem "langen und schwierigen Krieg" und davon, die Verstecke der Hamas in Schutt und Asche zu legen. Damit werde die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen.

Den Angriff nicht im Vorfeld erkannt zu haben, sei das größte Versagen des Geheimdienstes seit dem Jom-Kippur-Krieg (1973). [Aber vor allem habe die Politik versagt](#), indem sie die Razzien israelischer Militärkräfte im Westjordanland habe stark zunehmen lassen, indem sie durch "die anderthalb Jahrzehnte andauernde Blockade [...] die Wirtschaft des Gazastreifens zerstört und die Hälfte der Bevölkerung in Armut gestürzt" habe. Des Weiteren, indem sie die israelischen Siedlungen in palästinensischem Gebiet habe massiv anwachsen lassen, und die Annexion des Westjordanlandes versprochen habe. 'The Guardian': "Die Hamas hat nicht nur den Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Israel zerstört. Sie hat auch unter immensen menschlichen Opfern bewiesen, dass Deals mit den Golfstaaten, die die Palästinenser und ihre Bedürfnisse ausklammern, keine Lösung sind und dass der Status quo vor Samstag weder nachhaltig noch eindämmbar war." (Übersetzungshilfe: www.DeepL.com/Translator)

[Inhalt ↑](#)

● Thomas Röper: **Hat der israelische Geheimdienst wirklich versagt?**

Laut der Nachrichtenagentur AP hat [der ägyptische Geheimdienst Israel wiederholt vor der Bedrohung aus dem Gazastreifen und der dort dominierenden radikalen Gruppe Hamas gewarnt](#). AP beruft sich dabei auf einen Vertreter des ägyptischen Geheimdienstes. Dieser Quelle zufolge konzentrierte sich die israelische Regierung auf die palästinensischen Gebiete im Westjordanland und schenkte dem Gazastreifen trotz der Informationen, die der ägyptische Geheimdienst übermittelt hat, nicht die nötige Aufmerksamkeit. Wie AP betont, sei die Tatsache, dass die israelische Regierung die Gebiete im Westjordanland als eine große Bedrohung ansieht, eine direkte Folge der Tatsache, dass im Kabinett von Premierminister Benjamin Netanjahu aktive Befürworter des Baus neuer jüdischer Siedlungen in dem Gebiet sitzen. Thomas Röper: "Sollte es sich jedoch tatsächlich um ein Versagen der Geheimdienste handeln, müsste die israelische Regierung das aufklären und man sollte erwarten, dass die Schuldigen für eine so grobe Pflichtverletzung, die so dramatische Folgen hat, bestraft werden."

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Avi Shlaim: **Israels Krieg gegen Hamas – Gerede und Wirklichkeit**

Für Avi Shlaim, der einmal in der israelischen Armee gedient hatte und die Legitimität Israels nicht in Frage stellt, gibt es zwischen den Palästinensern und Israelis "ganz einfach keine militärische Lösung. Das Problem des israelischen Sicherheitskonzepts besteht darin, dass es der anderen Seite die grundlegendsten Ansprüche an Sicherheit vorenthält. Die [einzige Möglichkeit, Sicherheit zu erreichen liegt für Israel nicht im Schießen, sondern in Verhandlungen mit der Hamas](#), die wiederholt ihre Bereitschaft bekundet hat, mit dem jüdischen Staat in den Grenzen vor 1967 einen langfristigen Waffenstillstand für 20, 30 oder sogar 50 Jahre zu verhandeln. Israel hat dieses Angebot aus dem gleichen Grund zurückgewiesen wie 2002 den Friedensplan der

Arabischen Liga, der nach wie vor auf dem Tisch liegt: es sind damit Zugeständnisse und Kompromisse verbunden.“ Israel wolle kein friedliches Zusammenleben, sondern militärische Beherrschung und verschlimmere seine, von Shlaim dargelegten, Fehler der Vergangenheit mit neuen noch verheerenderen, auch wenn im aktuellen Konflikt die Hamas nicht völlig unschuldig sei.

Der Beitrag stammt aus dem Jahr 2009, gibt aber einen guten Rückblick auf die jüngere Geschichte des Gaza-Streifens bis dahin und zur damaligen Zeit, einschließlich der damals auch schon stattfindenden Kämpfe zwischen Israel und Hamas. (Red.)

[Avi Shlaim, Jg. 1945](#), ist ein im Irak geborener, von 1950 bis 1962 in Israel aufgewachsener britisch-israelischer Historiker und emeritierter Professor für internationale Beziehungen. Bekannt wurde er durch seine Veröffentlichungen zum israelisch-arabischen Konflikt. Neben Büchern schreibt er vor allem für 'The Guardian' und den 'Spectator'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Dagmar Henn: **Gaza: Genozid durch "Ausdursten" mit Ansage**

Für Dagmar Henn ist der Versuch, den Gazastreifen von Wasser-, Treibstoff- und Stromversorgung abzuschneiden, "[unglaublich zynisch und menschenverachtend und ein Verstoß gegen das Kriegsrecht](#) von einer Qualität, wie sie in der Geschichte selten zu finden ist“. Da der Mensch längstens drei Tage ohne Wasseraufnahme leben könne, seien die Menschen gezwungen, verunreinigtes Wasser zu sich zu nehmen, und damit der Gefahr von Typhus und Cholera ausgesetzt. Henn weist auch darauf hin, dass eine russische Resolution im UN-Sicherheitsrat dazu abgelehnt werde, weil die Hamas darin nicht verurteilt wird. Dabei sei klar, dass dies nach diplomatischen Gepflogenheiten, beide oder keine der Parteien zu verurteilen, nicht möglich sei, da eine ebenfalls begründbare Verurteilung Israels immer am Veto der USA scheitern würde. Henn erinnert in ihrer Stellungnahme auch an den Westfälischen Frieden, der angesichts der zerstörten Landschaft und der Halbierung der Bevölkerung zustande kam, als "die Frage, wer angefangen oder wer recht hatte, schlechthin nicht mehr relevant" war. Dieser Westfälische Frieden sei die Grundlage des Völkerrechts, zu dem auch die Genfer Konventionen gehören. Letztere "untersagen eine Belagerung der Zivilbevölkerung. Genauso, wie humanitäre Lieferungen für die Zivilbevölkerung nicht behindert werden dürfen."

[Dagmar Henn, Jg. 1963, alleinerziehende Mutter; von 2008 bis 2014 Stadträtin in München.](#) (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Empörte Israelis fordern Netanjahus Rücktritt**

Mittlerweile drücken einige israelische Medien aus, [wieviel Wut sich in Teilen der Bevölkerung gegen die Regierung aufgestaut hat](#), weil sie bewusst die Bedingungen für den erneuten Ausbruch des Krieges mit der Hamas schuf. Auch die inzwischen gebildete Regierung der nationalen Einheit kann diesen Riss durch die israelische Gesellschaft nicht übertünchen. So kritisiert Dmitry Shumsky Netanjahu, weil er die Kluft zwischen der Hamas im Gazastreifen und der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland aufrechterhalten wolle, um so "die 'Gefahr' von Verhandlungen mit den Palästinensern über die Teilung Israels in zwei Staaten für immer [zu] beseitigen". Ha'aretz wirft Netanjahu vor, eine Außenpolitik verfolgt zu haben, "welche die Existenz und die Rechte der Palästinenser offen ignorierte". Seit Dezember 2022 habe er mit "offenen Schritten zur Annexion des Westjordanlands, zur Durchführung ethnischer Säuberungen in Teilen des vom Osloer Abkommen definierten Gebiets C [begonnen]... Dazu gehörten eine massive Ausweitung der Siedlungen und die Verstärkung der jüdischen Präsenz auf dem

Tempelberg in der Nähe der Al-Aqsa-Moschee, sowie die Prahlerei mit einem bevorstehenden Friedensabkommen mit den Saudis, bei dem die Palästinenser nichts bekommen würden, mit offenem Gerede über eine 'zweite Nakba' in seiner Regierungskoalition.“ Auch Shelly Yachimovich sieht in Netanjahu den “Hauptschuldigen an der schrecklichen Katastrophe, die uns jetzt widerfährt“. Sie wirft ihm die Schwächung der Palästinensischen Autonomiebehörde vor und fordert ihn auf zu gehen. Auch Sever Plocker fordert, dass “Netanjahu und seine messianischen Kohorten“ gehen. Denn: “Die Regierung und ihr Ministerpräsident hatten keine Zeit, keinen Willen und kein Interesse, sich mit Israels Wirtschaft, sozialen Problemen, Bildung, Gesundheit oder Sicherheit zu befassen.“

Etwa ein Fünftel der israelischen Bürger sind Araber. Gewalt und Diskriminierung gegen sie gehören zur Geschichte Israels. Doch trotz des im israelisch-palästinensischen Konflikt wurzelnden Misstrauens, arbeiteten und lebten sie mit jüdischen Bürgern in vielen Bereichen friedlich zusammen. Doch seit dem Angriff der Hamas am 07.10.2023 erlebt Israel einen [Anstieg der Feindseligkeit gegen arabische Arbeitskräfte](#), seien es Busfahrer oder Supermarktmitarbeiter. Viele von ihnen bleiben deshalb der Arbeit fern, was bedrohlich für die Wirtschaft sein könnte, da diese auf arabische Arbeitskräfte angewiesen ist.

'BIP Aktuell' (BIP steht für Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V.) berichtet, dass auch [Feindseligkeiten gegen Juden in Israel](#) aufkommen, die Empathie mit den Zivilisten in Gaza erkennen lassen oder die als Journalisten über Demonstrationen gegen israelische Kriegsverbrechen berichten wollen. BIP berichtet auch über massive Misshandlungen durch israelische Siedler und Soldaten an Palästinensern im Westjordanland, aber auch gegenüber Aktivisten, die sich für die Palästinenser einsetzen.

[Inhalt](#) ↑

● Shir Hever: **Deutschland geht mit der Unterstützung von Kriegsverbrechen ein rechtliches Risiko ein**

Laut Shir Hever, Mitglied der 'Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost', ignoriert die deutsche Bundesregierung mit ihren Unterstützungserklärungen gegenüber Israel die international anerkannten Rechte des palästinensischen Volkes. Zudem versäume Berlin die “Kriegsverbrechen der auf Rache sinnenden israelischen Besatzungsmacht zu verurteilen“. [Das Leihen von Drohnen und das Liefern von Munition an Israel werfe Fragen auf](#), wie: “Werden sich die Betreiber von Bundeswehdrohnen an einem Militäreinsatz in einem besetzten Gebiet gegen Palästinenser beteiligen?“ Oder: “Helfen Bundeswehrangehörige beim Laden von Waffen, beim Betanken der Drohnen, bei der Wartung und Reparatur der Drohnen und leisten damit direkte Hilfe bei der Begehung von Kriegsverbrechen?“ Oder die Frage, ob Berlin von israelischen Behörden die Namen von an Kriegsverbrechen mitschuldigen deutschen Soldaten bei einer entsprechenden Untersuchung durch die UNO verschweigt. Oder die Frage, ob Berlin deutsche Soldaten, die vom 'Internationalen Strafgerichtshof' angeklagt werden könnten, bei deutschen Gerichten wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen anzuklagen gedenkt, um die Anklage beim IStGH zu verhindern. Hever appelliert an die deutschen Soldaten, sich nicht auf die Ausrede, nur Befehle befolgt zu haben, zurückziehen zu wollen. Das werde sie nicht schützen.

[Shir Hever](#), Jg. 1978, *Spezialist für Wirtschaftsfragen in Israel und Palästina, untersucht ökonomische Aspekte und Auswirkungen der israelischen Besatzung der palästinensischen Territorien sowie der Kampagnen für 'Boykott, Desinvestment und Sanktionen' (BDS) gegen Israel.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Michael Lüders: Krieg im Nahen Osten: Wie geht es weiter?

Für Michael Lüders (Video, 1h05min) ist der Vorstoß der Hamas auf israelisches Gebiet mit 1'700 Toten und 200 Entführten "ein furchtbares Verbrechen". Trotzdem hält er es für unerlässlich, differenziert hinzuschauen und zu analysieren. Dass sich die westlichen Länder auf die Seite Israels gestellt haben, sei verständlich aber politisch gefährlich. Man müsse sich bewusst sein, dass Israels Regierung auf Vergeltung setze. Der Tod von bisher schon über 2'700 Palästinensern diene nicht der Terrorbekämpfung. Es stehe auch hier das Messen mit zweierlei Maß im Raum. Mit ihren Solidaritätsbekundungen gebe man Israel einen Freibrief zur Zerstörung des Gazastreifens. Es sei wichtig, auch das zu sehen, was israelische Gewalt während ihrer unvergleichlich langen Besatzung von palästinensischem Gebiet anrichte.

Lüders erinnert daran, dass die Hamas von Israel Starthilfe bekam, um die PLO zu schwächen und einen palästinensischen Staat zu verhindern. Die fortschreitende Entrechtung und die Lebensbedingungen der Palästinenser habe die Hamas vor allem im Gazastreifen gestärkt und die Autonomiebehörde (nach der Vertreibung aus Gaza nur noch für das Westjordanland zuständig) geschwächt. Die sukzessive völkerrechtswidrige Vertreibung der Palästinenser im Westjordanland durch israelische Siedler mit Waffengewalt nehme laufend zu. Diese Behandlung der Palästinenser, von israelischen Politikern selbst als ethnische Säuberung bezeichnet, geschieht im Einverständnis der westlichen Staaten. Wer Israel kritisiere, werde mit dem Vorwurf des Antisemitismus überzogen.

Für Lüders erhebt sich die Frage, warum die Hamas trotz der drohenden Konsequenzen Israel angegriffen habe. Lüders zitiert 'International Crisis Group' hinsichtlich der Motivation der Hamas für diesen Angriff. Diese Gruppe sieht in dem Angriff [ein "Befreiungsschlag" angesichts einer seit 17 Jahren andauernden Belagerung des Gazastreifens](#), der auch laut UNO nicht mehr bewohnbar sei. Al Jazeera stufe den Angriff als Gefängnisauflauf ein. Der ehemalige Diplomat Schlomo Ben Ami habe zu dem Vorgehen der Hamas gesagt, diese verfolge die Sicherung ihrer Hegemonie in der palästinensischen Nationalbewegung gegenüber der Fatah, die Befreiung ihrer Männer im Austausch gegen Geiseln und der Verhinderung einer Normalisierung der Beziehungen der arabischen Staaten mit Israel, was eine Opferung Palästinas mit sich bringe. Dagegen sei es für Tel Aviv ein reiner Reaktionskrieg, um eine Pause bis zur nächsten Runde der Feindseligkeiten zu erreichen.

Die Absicht Israels im Gazastreifen ist laut Lüders, die dort bisher wohnenden Palästinenser endgültig zu vertreiben. Bei dieser Vertreibung werde es sehr viele Tote und brutales Leid geben. Das könnte allerdings die Stimmung für Israel in der westlichen Öffentlichkeit, aber nicht bei den Politikern kippen lassen. Lüders geht davon aus, dass die arabischen Staaten die Palästinafrage längst abgehakt haben. Sollte es zu einem größeren Konflikt kommen, werde Israel mit Unterstützung der USA "von Beirut bis Gaza gründlich aufräumen" wollen. Aber es werde nicht möglich sein, das Regime im Iran zu stürzen.

Sollte der Iran angegriffen werden, dann könne in der Region alles passieren, einschließlich des Eingreifens von Russland und China. Das Problem sei nicht militärisch zu lösen. Der Kern des Problems liegt für Lüders in der ungelösten Palästinafrage, die mit Augenmaß politisch zu lösen sei. Dabei helfe es nicht die Palästinenser mundtot zu machen, weil sie angeblich Terroristen oder Judenhasser seien. Aber es sei doch so gewesen, dass die in Europa bedrohten Juden ihre Zuflucht in Nordafrika und im Osmanischen Reich gesucht und gefunden hätten. Die Spannungen zwischen Juden und Arabern seien erst im Zuge der israelischen Staatsgründung und der systematischen Vertreibung zahlreicher Palästinenser aufgekommen.

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour sowie Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **BüSo: Nahost: Russlands und Chinas diplomatische Friedensbemühungen**

Russlands Präsident Wladimir Putin telefonierte in den letzten Tagen vor dem 17.10.2023 mit den Führern Ägyptens, Israels, Irans, Palästinas, Syriens und anderer arabischer Staaten, um die sich verschlechternde Lage in der Region zu erörtern. Er äußerte die Sorge, dass diese Situation zu einem größeren Krieg führen könnte, und erklärte, Russland sei bereit, mit konstruktiven Partnern zusammenzuarbeiten, um die Feindseligkeiten schnell zu beenden. Er drängte auch auf Maßnahmen zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe. Putin zeigte sich auch darüber im Klaren, dass die [derzeitige Krise durch die Stagnation bei der Zwei-Staaten-Lösung entstanden](#) sei. Vor seiner Abreise nach Peking rief er Premierminister Netanjahu an, um ihm von seinen oben erwähnten Gesprächen mit den Staats- und Regierungschefs zu berichten. Auch China hat sich in die Auseinandersetzung eingeschaltet, indem Wang Yi erklärte, dass das israelische Militär weit über Maßnahmen zur Verteidigung Israels hinausginge. Der chinesische Gesandte für den Nahen Osten, Zhai Jun, traf sich auf Wunsch von Diplomaten der arabischen Länder und der Liga der arabischen Staaten am 15.10.2023 mit einer Delegation von ihnen in Peking. Er betonte auch, der Kern des Problems liege in der mangelnden Bewegung in Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung. Das chinesische Außenministerium gab am 16.10.2023 bekannt, dass Zhai Jun nun in den Nahen Osten reisen werde, um dort Gespräche zu führen.

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Mac Slavo: Die USA verdoppeln ihre Uraneinfuhren aus Russland. Wo bleiben die Sanktionen?**

[Die Urankäufe der USA aus Russland haben sich seit letztem Jahr verdoppelt](#). Die USA kauften im ersten Halbjahr dieses Jahres 416 Tonnen Uran von Russland, mehr als das Doppelte der Menge im gleichen Zeitraum des Jahres 2022 und die größte Menge seit 2005. Angesichts der anhaltenden Dämonisierung Russlands durch die US-Machthaber erscheint dies Mac Slavo seltsam. RIA Novosti berichtete am 24.08.2023 unter Berufung auf Daten des US-Statistikdienstes über die Urankäufe. Einem Bericht von RT zufolge beliefert Russland die USA ausschließlich mit angereichertem Uran, einer entscheidenden Komponente für die zivile Atomstromerzeugung. Deutschland und Kanada gehörten mit 13% bzw. 1% der Importe ebenfalls zu den fünf größten Uranlieferanten für den US-Markt. *(Bei GlobalResearch kann die deutsche Sprache angewählt werden, Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Punkt.Preradovic: Journalisten wissen genau, was sie sagen dürfen“ – mit Tahir Chaudhry**

Nach den Erfahrungen des Journalisten Tahir Chaudhry wissen seine Kollegen genau, was sie sagen dürfen und machen trotzdem mit, in einem vorgegebenen Meinungskorridor zu arbeiten. Chaudhry hat in einem eigenen Video erklärt, dass er nie mehr für die etablierten überregionalen Medien arbeiten wird. Im Interview mit Milena Preradovic (Video, 32m04) legt er seine Erfahrungen dar, die durch Redaktionskonferenzen gekennzeichnet sind, dass Meinungen vorgegeben und kaum diskutiert werden. [Die Agenda wird nicht diktiert, sondern jeder weiß um seine Grenzen](#), um seine Position nicht zu gefährden. Dieses Wissen wird in der Ausbildung vermittelt, wo kritische Kollegen ausgesiebt werden.

Chaudhry hat diese Art der journalistischen Arbeit nach einem Jahr bei der SZ nicht mehr ausgehalten und ist aus dem System ausgestiegen, nachdem er nur noch Agenturmeldungen

platzieren durfte. Sowohl bei den Agenturen als auch bei den Medien selbst wird aus Gründen der Kosten und deren Finanzierung z.B. durch Stiftungen immer weniger eigene Recherche betrieben. Chaudrhy sieht, dass wir über die Emotionalisierung durch die Online-Medien in der Bildung einer eigenen Meinung negativ beeinflusst werden. Er beklagt, dass sich die Medien immer mehr als Vermittler zwischen Politik und den Lesern/Hörern sehen. Chaudrhy hat inzwischen ein eigenes Studio aufgemacht (grenzgaenger.one), wo er neben Interviews u.a. auch eine umfangreiche Ukraine-Recherche (Teil 1, 1h55; Teil 2, 2h35) publiziert hat.

[Punkt.Preradovic](#) "greift aktuelle, heiße und kontroverse Themen auf". Auf dieser Plattform diskutiert Milena Preradovic, [Moderatorin, Medientrainerin und Autorin](#), mit "meinungsstarken Koryphäen". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **ZDF beweist sich als treu ergebener Regierungssender**

"[Ein eindringlichstes Beispiel von Regierungsfernsehen](#)", so Norbert Häring, "lieferte das ZDF am 29.10.2023 mit einer [Berlin Direkt-Sendung](#) (20m02) zum Israel-Palästinenser-Konflikt und zur Forderung von Verteidigungsminister Boris Pistorius, Deutschland brauche mehr Kampf- und Kriegsgeist. Zunächst wurden fünf Minuten lang europäische Regierungen verdammt, die sich nicht der Berliner Regierungslinie einer uneingeschränkten Unterstützung Israels bei seinen Bombardements des Gazastreifens anschlossen. Im Anschlussbeitrag wurde dann vier Minuten lang das Interview mit Pistorius und dessen Forderung perfekt vorbereitet, indem verschiedene Experten kritisierten, die Regierung tue nicht genug für die Kriegsbereitschaft. Beide Beiträge hätten Scholz und Pistorius nicht gefälliger verfassen können."

Die NachDenkSeiten haben ein [Glossar](#) publiziert, das den Journalisten der in der ARD zusammengeschlossenen Sendeanstalten als [Sprachregelung zum Thema Palästina/Israel](#) dienen soll. Für Albrecht Müller sprechen die Texte "für sich selbst und gegen das Demokratieverständnis der ARD".

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- RTdeutsch: **"Offener Diskurs Grundpfeiler einer freien Gesellschaft" – Journalisten und Publizisten gegen Zensur**

137 Vertreter aus Wissenschaft, Kultur und Medien beklagen in einem Appell die zunehmende Unterdrückung kritischer Stimmen durch Politik und zuarbeitende Institutionen. Das Menschenrecht auf eine [freie Meinungsäußerung sei durch zunehmende internationale Zensur in akuter Gefahr](#). Mittlerweile routinierte Abläufe und Prozedere würden "eine ernsthafte Diskussion über Angelegenheiten von dringendem öffentlichem Interesse unterdrücken". Für die Autoren sei daher wichtig, festzustellen: "Ein offener Diskurs ist der Grundpfeiler einer freien Gesellschaft und unerlässlich, um Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, schwache Gruppen zu stärken und die Gefahr von Tyrannei zu verringern. Der Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung gilt nicht nur für Ansichten, denen wir zustimmen, sondern wir müssen auch die Ansichten schützen, die wir entschieden ablehnen. Nur in der Öffentlichkeit können diese Meinungen gehört und angemessen angefochten werden. [...] Die Freiheit der Meinungsäußerung ist unsere beste Verteidigung gegen Desinformation." Zu den Unterzeichnern gehören u.a. Julian und Stella Assange, Edward Snowden, Jeffrey Sachs und Glen Greenwald.

[Inhalt](#) ↑

● Maulkorb für abweichende Meinungen zum arrangierten Klimanotstand

Die Bemühungen, Skeptiker bzgl. der Existenz einer "Klimakrise" zum Schweigen zu bringen, nehmen zu, da es immer schwieriger werde, das Narrativ aufrechtzuerhalten. Nach Peter F. Mayer wurden in letzter Zeit die Zensurbemühungen vor allem in der EU mit dem "Digital Services Act" verstärkt. Wissenschaftler, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Arbeitsweisen beharren, werden zum Schweigen gebracht. So habe in diesem Sommer der 'Internationale Währungsfonds' (IWF) einen Vortrag von John Clauser, einem mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Physiker, abgesagt. 'Nature' und 'Science', zwei der renommiertesten wissenschaftlichen Zeitschriften, [würden Papiere zum Klima danach aussuchen, "die bestimmte vorab genehmigte Narrative unterstützen"](#), wodurch Autoren schon mal unter Druck kommen, "die ganze Wahrheit wegzulassen". Mayer macht darauf aufmerksam, dass 1'600 Wissenschaftler in vielen Punkten zum Klima unterschiedlicher Meinung sind, aber dass sie sich darüber einig sind, dass es keine Klima-"Krise" mit existenzieller Bedrohung gebe. Trotzdem sei der scheinbare "wissenschaftliche Konsens" über eine drohende Klima-Katastrophe durch Gruppenzwang, Einschüchterung und Prioritäten bei der Forschungsfinanzierung hergestellt worden.

Die US-Klimaforscherin Judith Curry enthüllt auf der Basis ihrer eigenen Erfahrungen, dass der "überwältigende Konsens" über einen Klimanotstand "arrangiert" worden sei. In ihrem Artikel weist sie u.a. darauf hin, mit welcher Zielsetzung es im Interesse bestimmter UN-Beamten zur Gründung des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) gekommen ist: ["Der IPCC soll nicht unvoreingenommen alle denkbaren Ursachen der Erderwärmung erforschen"](#), sein Auftrag besteht nur darin, 'vom Menschen gemachte gefährliche Klimaveränderungen' zu untersuchen." In der Annahme, es gäbe diese "gefährlichen menschengemachten Auswirkungen" tatsächlich, hätten die staatlichen Geldgeber des IPCC darauf bestanden, nur Forschungsvorhaben zu finanzieren, die sich auf diese Annahme beschränken. Die Klimaforscher hätten schnell herausgefunden, dass man nur dann Geld bekommt, wenn man selbst alarmierende Behauptungen über den "menschengemachten Klimawandel" aufstellt oder sie unterstützt und bekräftigt. Auf diese Weise sei ein "künstlicher Konsens" erzeugt worden.

Das US-Unternehmen 'Make Sunsets' hat nach eigenen Angaben [mit bisher 28 Ballons das Aerosol Schwefeldioxid in der Stratosphäre freigesetzt](#), um dort Partikelwolken zu erzeugen, die die Sonneneinstrahlung vermindern sollen. Dafür sammelt das Unternehmen Spenden. Startort der Ballons scheinen laut Norbert Häring die USA zu sein. Das Unternehmen listet mögliche unbeabsichtigte Nebenwirkungen wie Zerstörung der Ozonschicht auf, meint aber, der erhoffte Effekt auf das Klima sei das Risiko wert. Einen Plan, wie sie die Wirksamkeit der Maßnahme feststellen können, haben die Geoingenieure noch nicht. Verhaftet wegen Betrugs oder gefährlicher Umweltverschmutzung wurden sie auch noch nicht.

[Peter F. Mayer](#) studierte Physik und betreibt heute den "Blog für Science & Politik" (tkp.at). Er war vorher für Medien wie den ORF, die Presse oder das 'profil' tätig, bevor er [dem Mainstream den Rücken gekehrt](#) hat. (Red.)

[Fee Strieffler](#), Jg. 1954, und [Wolfgang Jung](#), Jg. 1938, haben [von 2004 bis 2021 die "Luftpost"](#) (Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein) herausgegeben. [Jung klagte gegen die Bundesregierung](#) wegen der verfassungs- und völkerrechtswidrigen Nutzung der US-Air-Base Ramstein. (Red.)

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Fee Strieffler & Wolfgang Jung: Es gibt keinen Klimanotstand!**

Über 1'500 Wissenschaftler und Fachleute vertreten nach Fee Strieffler und Wolfgang Jung den Standpunkt, die Klimawissenschaft sollte weniger politisch sein, und die Klimapolitik sollte mehr auf die unabhängige Wissenschaft vertrauen. Die Autoren geben zu bedenken: "Computermodelle sind von Menschen gemacht", also von dem abhängig, was die Modellmacher an "Hypothesen, Annahmen, Verknüpfungen, Parametern, Stabilitätskriterien usw." hineingeben. "[Die Klimaforschung muss in Zukunft deutlich mehr Gewicht auf die empirische Wissenschaft legen.](#)" Aus dem geologischen Archiv gehe hervor, dass das Erdklima seit Bestehen der Erde Schwankungen unterworfen war, mit natürlichen Kalt- und Warmzeiten. Demnach endete die kleine Eiszeit erst im Jahr 1850. Daher sei es nicht verwunderlich, dass wir jetzt eine Erwärmungsphase erleben. Dabei habe sich die Welt deutlich weniger erwärmt, als vom IPCC auf der Grundlage der modellierten anthropogenen Einflüsse vorhergesagt worden sei. Die mangelhaften und unplausiblen Klimamodelle würden die Wirkung von Treibhausgasen wie CO₂ aufblähen und zudem ignorieren, dass die Anreicherung von CO₂ in der Atmosphäre von Vorteil, ja für das Leben auf der Erde unerlässlich sei. "Es gibt keine statistischen Beweise dafür, dass die globale Erwärmung Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren und ähnliche Naturkatastrophen verstärkt oder häufiger auftreten lässt.

Es gibt jedoch zahlreiche Belege dafür, dass Maßnahmen zur CO₂-Vermeidung ebenso schädlich wie kostspielig sind." Strieffler und Jung "lehnen die für 2050 vorgeschlagene schädliche und unrealistische Netto-Null-CO₂-Politik entschieden ab. [...] Das Ziel der globalen Politik sollte 'Wohlstand für alle' sein, indem jederzeit zuverlässige und erschwingliche Energie bereitgestellt wird." Dazu verweisen die Autoren auf die Weltklima-Erklärung der 2019 gegründeten CLINTEL-Stiftung (Global Climate Intelligence Group), die den nachprüfbareren Erkenntnissen entsprechend angepasst werde. Die Stiftung habe folgende Ziele:

"1. Die Stiftung versucht, der Öffentlichkeit objektiv und transparent zu vermitteln, welche Fakten über den Klimawandel und die Klimapolitik vorliegen und wo statt Fakten nur Annahmen und Vorhersagen präsentiert werden.

2. Die Stiftung führt und regt eine öffentliche Debatte darüber an und betreibt investigative Berichterstattung in diesem Bereich.

3. Die Stiftung will als internationale Begegnungsstätte für Wissenschaftler mit unterschiedlichen Auffassungen zum Klimawandel und zur Klimapolitik fungieren.

4. Die Stiftung wird auch eigene wissenschaftliche Forschungen zum Klimawandel und zur Klimapolitik durchführen oder finanzieren."

Fee Strieffler, Jg. 1954, und Wolfgang Jung, Jg. 1938, haben [von 2004 bis 2021 die "Luftpost"](#) (Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein) herausgegeben. [Jung klagte gegen die Bundesregierung](#) wegen der verfassungs- und völkerrechtswidrigen Nutzung der US-Air-Base Ramstein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Philipp Fess: Schutzpflicht des Staates: Blankoscheck für Grundrechtsentzug?**

Alarmierend ist der Aufruf von einer Initiative von Wissenschaftlern, die von dem WHO-nahen Schirmherr Chris Zielinski ins Leben gerufen wurde. Mit dem Aufruf wird von der WHO gefordert, einen Gesundheitsnotstand wegen des Klimawandels auszurufen, was die WHO aber ablehnt, auch wenn sie laut Philipp Fess nicht "einer generellen Verknüpfung von Gesundheits- und Klimaschutz samt möglicher Notfallmaßnahmen und einer Erweiterung ihrer Verfügungsgewalt widerspricht". Im Gegenteil, die WHO treibe diese Verknüpfung voran. Und die deutsche Regierung übernehme bei der [Erweiterung der WHO-Kompetenzen](#) zunehmend eine Führungsrolle, indem es die WHO mit Zuwendungen in zweistelliger Millionenhöhe, aber auch die

Notstandskompetenz der WHO durch die Aufnahme völkerrechtlicher Verträge in das Bundesrecht unterstütze. Mit Bezug auf die 'Agenda 2030' werde "Globale Klima-, Umwelt-, Ernährungs- und Ressourcenpolitik" als "Sicherheitspolitik" angesehen und im Klimaanpassungsgesetz u.a. eine Schutzpflicht vorgeschrieben, wozu das Bundesverfassungsgericht beipflichte.

Nach Juli Zeh erhebe sich aber die Frage, ob z.B. Maßnahmen wie persönliche CO2-Kontingente oder bestimmte Flugbegrenzungen aus juristischer Sicht noch verhältnismäßig sind. Nach Évelyne Pieller bestehe bei der Betrachtung der Gesellschaft "als ein organisches Ganzes, das nur durch Zwang zum Guten geführt werden kann", die Gefahr, dass auch eine prinzipiell wohlwollende kollektivistische Ideologie die Rolle des mündigen Bürgers untergräbt und totalitäre Züge annehmen könne. Fess zitiert auch Hans-Jürgen Papier: "Ein Staat, der alle persönlichen Risiken seinen Bürgerinnen und Bürgern abzunehmen versucht, wird selbst zum Risiko für den Rechtsstaat. Es ist im Grundgesetz nicht Aufgabe des Staates – seiner Gesetzgebung, seiner Exekutive, aber auch nicht seiner Judikative – den Menschen im Einzelnen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben und was sie zu denken haben."

[Philipp Fess](#), Jg. 1990, hat Literatur, Kunst und Medien studiert. Nach seinem Volontariat und einer kurzfristigen Anstellung als Lokalredakteur arbeitet Fess als freier Autor, zunächst beim Magazin Cicero, seit Oktober 2022 bei Telepolis. (Red.)

[Inhalt](#) ↑